Huml: Positive Ein-Jahres-Bilanz zu Bayerns Naloxon-Modellprojekt für Heroinabhängige – Bayerns Gesundheitsministerin: Bislang konnte 17 Menschen in Notfallsituationen geholfen werden

28. September 2019

Das bayerische Naloxon-Modellprojekt zum Einsatz in Notfallsituationen unter anderem bei Heroinabhängigen hat ein Jahr nach seinem Start bereits wichtige Erfolge erzielt. Darauf hat **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** am Samstag hingewiesen. Huml betonte: „Seit dem Beginn des Projektes im Oktober 2018 konnte bislang 17 Menschen in Bayern in Notfallsituationen mit Naloxon geholfen werden. Das bestätigt unseren Weg. Außerdem konnten bereits 277 Teilnehmer in 68 Schulungen trainiert werden."

Im Rahmen des Modellprojekts „BayTHN – Take-Home-Naloxon in Bayern" werden medizinische Laien speziell geschult, wie sie ein Naloxon-Nasenspray bei Menschen anwenden, die akut einen durch eine Überdosis von Heroin oder anderen Opioiden verursachten Atemstillstand erlitten haben. Naloxon kann in diesen Fällen ein lebensrettendes Medikament sein. Bislang durfte Naloxon nur von Ärzten angewandt werden.

Huml, die approbierte Ärztin ist, erläuterte: „Das bayerische Gesundheitsministerium fördert dieses Modellprojekt bis Ende September 2020 mit rund 300.000 Euro. Damit wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Naloxon-Notfallgabe durch geschulte medizinische Laien sachgerecht erfolgt und mit hoher Wahrscheinlichkeit Leben rettet. Ich setze mich dafür ein, dass qualitätsgesicherte Schulungen zur Naloxon-Anwendung dauerhaft in die Angebote der bayerischen Suchthilfe aufgenommen werden."

Das Projekt wird federführend von der Universität Regensburg in Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Bamberg sowie mit verschiedenen Einrichtungen der bayerischen Suchthilfe durchgeführt. Es läuft an den Standorten Regensburg, München, Nürnberg, Augsburg und Ingolstadt mit insgesamt rund 500 Studienteilnehmern. Das Schulungsprogramm wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Huml unterstrich: „Mein Ziel ist es, die Zahl der Drogentoten zu senken. Deshalb setzt das bayerische Gesundheitsministerium die Suchtprävention und Suchthilfe intensiv fort. Insgesamt stellt der Freistaat jährlich rund sechs Millionen Euro für Maßnahmen zur Suchtprävention und Suchthilfe bereit."

Die Zahl der Drogentoten in Bayern war im Jahr 2018 im Vergleich zum Jahr 2017 von 308 auf 243 zurückgegangen. Dabei war Heroin die häufigste Todesursache. Insgesamt waren in den letzten Jahren Opioide im Rahmen einer Überdosierung mit Abstand die häufigste Ursache für den Drogentod.

Die Ministerin betonte: „Klar ist: Menschen, die von illegalen Suchtmitteln abhängig sind, brauchen Hilfe. Deshalb sind spezialisierte Angebote für Drogenkonsumenten notwendig, die sie in ihren verschiedenen Lebenslagen gezielt erreichen und unterstützen. Die Großkommunen in Bayern verfügen über Netze niedrigschwelliger Hilfen für Suchtkranke, insbesondere für Drogenabhängige. Vor allem schwerstabhängige und obdachlose Drogenabhängige nutzen diese Angebote."

Dazu gehören Kontaktläden und verschiedene Formen von Kontaktbereichen in den rund 180 ambulanten Psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstellen (PSB), Notschlafstellen, Drogennotdienste, Streetworker und mobile Versorgungsangebote an Szenetreffpunkten. Gesundheitliche Risiken können durch Spritzentausch, medizinische und psychosoziale Versorgungsangebote sowie Hepatitis- und AIDS-Prophylaxe minimiert werden.

Die Ministerin ergänzte: „Hinzu kommt: Die beste Prävention ist nachweislich eine wohnortnahe ärztliche Substitutionsbehandlung – also die Behandlung etwa von Heroinabhängigen mit Ersatzstoffen wie Methadon kombiniert mit zuverlässiger psychosozialer Begleitung. Dadurch gelingt es Betroffenen, sich gesundheitlich und sozial zu stabilisieren."

Huml fügte hinzu: „Bayern hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Rechtsunsicherheiten für substituierende Ärzte und Ärztinnen beseitigt werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Drogenersatztherapie den modernen Erkenntnissen der Substitutionsbehandlung angepasst werden. Jetzt geht es darum, noch mehr Mediziner dafür zu gewinnen, diese wirksame Behandlung für Patienten mit Drogenabhängigkeit anzubieten."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers